

Alois Stöger diplômé
Bundesminister

zu 5724 /J

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

GZ: BMG-11001/0180-I/5/2010

Wien, am 11. August 2010

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 5724/J der Abgeordneten Dorothea Schittenhelm und Kollegen** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Grundsätzlich möchte ich festhalten, dass ich die Vermeidung weiblicher Genitalverstümmelung als ein überaus wichtiges Anliegen erachte. Ich muss jedoch darauf hinweisen, dass diese Thematik nicht in die führende Zuständigkeit meines Ressorts fällt und ich daher die Anfrage nur soweit beantworten kann, als der Zuständigkeitsbereich meines Ressorts betroffen ist.

Fragen 1 bis 9:

Das Gesundheitsressort war in der Ausarbeitung der Maßnahmen zur Vorbeugung und Eliminierung von FGM im nationalen Aktionsplan Österreichs im Jahr 2008 im Aktionskomitee vertreten und hat in einer eigenen Arbeitsgruppe „Gesundheit“ die Ziele und Maßnahmen erarbeitet und zusammengefasst.

Desweiteren wurde in einem Schreiben an die Rektoren und Vizerektoren der Universitäten Wien, Graz und Innsbruck appelliert, das Thema FGM thematisch in die Ausbildung von Mediziner/inne/n zu integrieren.

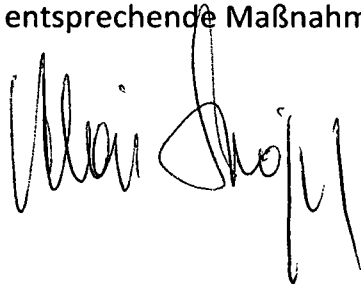
Im Jahr 2009 wurde im Gesundheitsministerium die Kampagne zum Thema „End FGM“ durch die Versendung von Aufklärungsfoldern mit unterstützt. Dabei wurden die Eltern-Aufklärungsfolder in fünf Sprachen (Deutsch, Englisch, Französisch, Arabisch, Somali) verschickt. Der Versand erfolgte an Kinderärztinnen und -ärzte sowie Gynäkolog/inn/en in ganz Österreich, da diese Ansprechpartner/innen in Gesundheitsfragen und wichtige Kooperationspartner/innen in der Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung sind. Die Folder wurden von der Österreichischen

Plattform gegen weibliche Genitalverstümmelung (www.stopFGM.net) in Zusammenarbeit mit Mitarbeiter/inne/n meines Ressorts produziert. Diese Informationen richten sich primär an Eltern und beinhalten rechtliche Aspekte, gesundheitliche Konsequenzen sowie Kontaktadressen und Beratungsmöglichkeiten. In diesem Zusammenhang darf ich auch darauf hinweisen, dass sowohl die Afrikanische Frauenorganisation als auch Frauengesundheitszentren sowie das Fraueninformationszentrum Vorarlberg aus den Fördermitteln des Gesundheitsressorts unterstützt werden (die genauen Beträge sind der Beilage zu entnehmen).

Die Österreichische Gesellschaft für Kinder- und Jugendheilkunde (ÖGKJ) wurde ersucht, im Rahmen der ärztlichen Fortbildungsveranstaltungen verstärktes Augenmerk auf diese Thematik zu lenken.

Das Thema Gewalt, FGM und Gesundheit stand 2010 auch im Mittelpunkt des MEDPOL-Projektes, welches vom Innenministerium koordiniert wurde. Das Gesundheitsministerium wurde im Rahmen der interdisziplinären Zusammenarbeit für die gesundheitlichen Aspekte von Gewalt und FGM mit eingebunden. Dieses Projekt stellt die einheitliche Dokumentation, die interministerielle Zusammenarbeit und die Vereinheitlichung der Abwicklung bei der polizeilichen Anzeige in den Vordergrund.

Abschließend möchte ich festhalten, dass das Gesundheitsressort dem Thema der Bekämpfung von FGM große Beachtung beigemessen hat und sich auch in Zukunft für entsprechende Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich des Ressorts einsetzen wird.



Beilage

FÖRDERUNG	2010	2009	2008	2007
Afrikanische Frauenorganisationen	€ 10.000,--			
FEMAIL - Frauen- informationszentrum Vorarlberg	€ 10.000,--	€ 14.600,--	€ 14.600,--	
ARGE der österreichischen Frauengesundheitszentren	€ 103.500,--	€ 103.500,--	€ 110.000,--	
Institut für Frauen- und Männergesundheit (F.E.M Wien)	*			€ 14.600,--
Frauengesundheitszentrum Linz	*			€ 14.536,--
ISIS-Frauengesundheitszentrum Salzburg	*			€ 14.600,--
Frauengesundheitszentrum Kärnten	*			€ 14.600,--
Frauengesundheitszentrum Graz	*			€ 21.800,--
* Zusammenschluss der bisher separat geförderten Frauengesund- heitszentren; Förderung ab 2008 über ARGE				